



Niederschrift

über die 21. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 11.12.2013

Sitzungsort: großer Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:30 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Schumacher, Klaus Bürgermeister

CDU-Fraktion

| | |
|--------------------------|-------------------------|
| Büsse, Ernst-Joachim Dr. | 1. stellv. Vorsitzender |
| Schell, Georg | Ratsmitglied |
| Lienesch, Sascha | Ratsmitglied |
| Feld-Wielpütz, Claudia | Ratsmitglied |
| Grzeszkowiak, Axel | Ratsmitglied |
| Weber, Helmut | Ratsmitglied |
| Willenberg, Frank | Ratsmitglied |

SPD-Fraktion

| | |
|-------------------------|---|
| Knülle, Marc | 2. stellv. Vorsitzender |
| Schmitz-Porten, Gerhard | Ratsmitglied |
| Bergmann-Gries, Jutta | Ratsmitglied |
| Hoffmann, Gabriele | Ratsmitglied vertretend (ab TOP 2, 17.55 Uhr) |

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

| | |
|---------------------|--------------|
| Metz, Martin | Ratsmitglied |
| Schulenburg, Monika | Ratsmitglied |

FDP-Fraktion

| | |
|----------------|--------------|
| Jung, Stefanie | Ratsmitglied |
| Kammel, Jürgen | Ratsmitglied |

Fraktion AUFBRUCH!

| | |
|------------------|--------------|
| Köhler, Wolfgang | Ratsmitglied |
|------------------|--------------|

Protokollführer

Holland, Günther

Es fehlten entschuldigt:

SPD-Fraktion

Diekmann, Gerhard Ratsmitglied

Vertreter der Verwaltung:

| | |
|-------------------|----------|
| Herr Lübken | Dez. III |
| Herr Gleß | Dez. IV |
| Herr Steinkamp | FB 1 |
| Herr Müller | FD 1/10 |
| Herr Rupp | FB 2 |
| Frau May | FD 2/10 |
| Herr Lindlar | FB 3 |
| Herr Parpart | FB 4 |
| Frau Clauß | FB 6 |
| Herr Schmitz | FB 7 |
| Herr Weiser | FB 9 |
| Herr Kasper | BNU |
| Herr May | BRB |
| Frau Stocksiefen | BRB |
| Frau Fey | BRB |
| Herr van Grinsven | IuK |
| Frau Eschelbach | RD |
| Herr Fey | RPA |
| Herr Neß | SD |
| Herr Bastian | WBF |

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

| Top | DS-Nr. | Beratungsgegenstand |
|-----|--------|---------------------|
|-----|--------|---------------------|

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung

2. 13/0248/1 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 sowie Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2014 bis 2022
 - 2.1. Anträge der Fraktionen
 - 2.1.1. 13/0359 Haushaltssicherungskonzept 2014 – 2022; Resolution zum Rund-
erlass „Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Gemein-
den (GV)“ des Ministeriums für Inneres und Kommunales des
Landes Nordrhein-Westfalen.
CDU-Fraktion
 - 2.1.2. 13/0345 Entwurf Doppelhaushalt 2014/2015; Realisierung zur Verbesse-
rung der Raumsituationen für die Verpflegungsbereitstellung an
den Schulstandorten im Primarbereich Mülldorf (KGS Sankt Mar-
tin), Niederpleis (GGs Am Pleiser Wald) und Menden (GGs Max
und Moritz); Bereitstellung dazu erforderlicher Haushaltsmittel im
Doppelhaushalt 2014/2015 und priorisierte Aufnahme der Infra-
strukturmaßnahmen in den Projektstrukturplan der Stadt Augustin.
CDU-Fraktion
 - 2.1.3. 13/0367 Rekommunalisierung der Energieversorgung zur Verbesserung
der städtischen Einnahmen
SPD-Fraktion
 - 2.1.4. 13/0368 Einführung und Umsetzung der digitalen Ratsarbeit unter Wegfall
der Druckkosten
SPD-Fraktion
 - 2.1.5. 13/0369 Entwicklung von Alternativen zum Erhalt der Sportstätten der
Stadt
SPD-Fraktion

| Top | DS-Nr. | Beratungsgegenstand | Dienststelle |
|-----|--------|---------------------|--------------|
|-----|--------|---------------------|--------------|

Öffentlicher Teil:

| | | | |
|---|--|--|--|
| 1 | | Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung | |
|---|--|--|--|

Der Bürgermeister stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Anträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

| | | | |
|---|-----------|---|------|
| 2 | 13/0248/1 | Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 sowie Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2014 bis 2022 | FB 2 |
|---|-----------|---|------|

Der Bürgermeister unterbreitete zunächst folgenden Vorschlag über die nun anstehende Beratung:

Zunächst soll über den gemeinsamen Antrag der CDU/FDP „Haushaltssicherungskonzept 2014 – 2022; Resolution zum Runderlass „Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Gemeinden (GV)“ des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen“, DS-Nr. 13/0359, beraten werden.

Danach soll über die übrigen eingereichten Anträge der Fraktionen beraten werden.

Hierüber herrschte Einvernehmen im Ausschuss.

Protokollhinweis:

Protokollierung zu DS-Nr. 13/0359 siehe TOP 2.1.1

Dann wies Herr Rupp auf die als Tischvorlage verteilte Zusammenstellung aller Anträge einschließlich der Stellungnahmen der Verwaltung hin und schlug vor, dass diese Anträge in der Reihenfolge der betroffenen Produkte behandelt werden sollten. Dieser Vorschlag wurde einvernehmlich angenommen.

Lfd. Nr. 1

Produkt 01-01-01, Seite 84, Teil 1:

Aufwendungen Zeile 16 werden ab 2014 pauschal um 3.000 Euro gekürzt;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ohne Aussprache wurde über diesen Antrag wie folgt abgestimmt:

3 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Lfd. Nr. 2

Produkt 01-03-01, Seite 704, Teil 2:

Stellenplan: Gleichstellungsstelle wird mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Umfang eingestellt;

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zunächst begründete Herr Metz den Antrag seiner Fraktion.

Der Bürgermeister verwies in seinen Ausführungen auf die Aussagen der Gleichstellungsbeauftragten im Sozialausschuss hin, wonach sie dort auf Nachfrage mitgeteilt habe, dass die derzeitige Stellenbemessung ausreichend sei, zumal auch die Strukturierung im Hause vorsieht, dass andere Mitarbeiterinnen mit einbezogen sind. Sollte dies nicht mehr der Fall sein, so werde diese Stelle entsprechend umstrukturiert werden müssen. Derzeit werde somit die Aufgabenerledigung der Gleichstellungsbeauftragten voll erfüllt.

Frau Jung verwies in ihren Ausführungen auf die Aussagen des Bürgermeisters und lehnte für ihre Fraktion eine Zustimmung zu diesem Antrag ab.

Herr Metz führte daraufhin aus, dass, wenn dieser Antrag abgelehnt werden sollte, seine Fraktion dies zum Anlass nehmen würde, diese derzeitige Stellenbemessung kommunalaufsichtlich prüfen zu lassen.

Frau Bergmann-Gries schloss sich den Ausführungen von Frau Jung an und verwies zudem auf die Beratungen im Sozialausschuss über den dort entsprechend des bestehenden Frauenförderplans vorgelegten Jahresbericht 2012.

Herr Knülle führte aus, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde, gleichwohl der Bürgermeister ausgeführt habe, dass aus seiner Sicht die gesetzlichen Vorgaben erfüllt seien.

Herr Schell teilte mit, dass aufgrund der bisherigen Ausführungen des Bürgermeisters und den Ausführungen der Gleichstellungsbeauftragten im Sozialausschuss seine Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werde.

In der weiteren Aussprache, an der sich Herr Knülle, Frau Jung und Herr Metz beteiligten, wurden nochmals die Unterschiede zwischen Aufgabenerfüllung und gesetzlich vorgeschriebenem Stellenumfang versucht zu erklären. Herr Metz bestätigte hierbei nochmals, dass, wenn dieser Antrag abgelehnt werde, seine Fraktion dies entsprechend überprüfen lassen würde.

Dann wurde über diesen Antrag wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Lfd. Nr. 3

Produkt 01-05-01, Seite 162, Teil 1:

Änderung Stellenplan 2013: zusätzliche Stelle für den Bereich techn. Prüfung im RPA; gemeinsamer Antrag aller Fraktionen, DS-Nr. 13/0371

Protokollhinweis:

Protokollierung zu DS-Nr. 13/0371 siehe TOP 2.1.7

Lfd. Nr. 4

Produkt 01-06-04, Seite 184, Teil 1 und Produkt 01-06-06, Seite 204, Teil 1:

Wegen fortschreitender Digitalisierung der Rats- und Verwaltungsarbeit wird der Ansatz für Aufwendungen für Büromaterial und Druckkosten in beiden Produkten in 2014 um 5%, 2015 um 10%, 2016 um 15%, 2017 um 20% und ab 2018 um 25% reduziert; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Rupp führte aus, dass die lfd. Nr. 5 gleichzeitig mitberaten werden sollte.

Herr Metz wies in seinen Ausführungen daraufhin, dass es hierbei nicht um die digitale Ratsarbeit, sondern um die fortschreitende Digitalisierung der Arbeit in der gesamten Verwaltung handeln würde. Aufgrund der seinerzeit beschlossenen Maßnahmen müsste sich somit die Einführung bzw. die weitere Umsetzung dieser Digitalisierung auch durch Einsparungen im Haushaltsplan auswirken.

Herr Knülle wies in seinen Ausführungen daraufhin, dass nun ein Beschluss gefasst werden müsste, wann mit der Einführung und Umsetzung der digitalen Ratsarbeit begonnen werden sollte.

Bezüglich der lfd. Nr. 4 führte Herr Schell u.a. aus, da man zum heutigen Zeitpunkt noch nicht sagen könnte, wieviel hier eingespart werden kann, werde seine Fraktion diesen Antrag ablehnen, zumal er davon ausgehe, dass die Verwaltung, sobald entsprechende Zahlen vorliegen würden, dies entsprechend bei der Aufstellung des Haushaltsplanes berücksichtigen werde.

Bezüglich der lfd. Nr. 5 führte Herr Schell aus, dass zunächst die Ergebnisse des luK-Arbeitskreises vorliegen müssten, um hier Entscheidungen zu treffen. Gleichzeitig vertrat Herr Schell die Auffassung, dass der derzeitige Rat nicht dem zu wählenden Rat in dieser Angelegenheit Vorgaben geben könnte.

Herr Knülle verwies dagegen auf die bisherigen Besprechungen im luK-Arbeitskreis und vertrat die Auffassung, dass der derzeitige Rat diese Vorgaben wohl geben könnte.

Der Bürgermeister erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass das bisherige Verfahren auf der Basis der Freiwilligkeit erfolge und so auch beibehalten werden sollte, da aus seiner Sicht eine rechtliche Grundlage für den Verzicht auf die Papierform fehle.

Herr Köhler führte u.a. aus, dass aus seiner Sicht die weitere Digitalisierung in der Verwaltung (Stichwort: papierloses Büro) fortgeführt werden müsste, zumal die heutige Technik weitaus fortgeschrittener gerade bezüglich der Bereitstellung von Speicherka-

pazitäten sei.

Herr Schmitz-Porten führte u.a. aus, dass gerade die Stadt bzw. der Rat hier mit einem guten Beispiel vorangehen müsste, da sich die Stadt Sankt Augustin die „Wissensstadt“ auf die Fahnen geschrieben habe.

Herr Metz machte in seinen weiteren Ausführungen deutlich, dass der derzeitige Rat wohl diesen Beschluss bezüglich der digitalen Ratsarbeit fassen sollte.

Dann wurde über diesen Antrag wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Lfd. Nr. 5

Produkt 01-06-04, Seite 184, Teil 1:

Einführung und Umsetzung der digitalen Ratsarbeit unter Wegfall der Druckkosten; Antrag der SPD-Fraktion, DS-Nr. 13/0368

Auf die Protokollierung zu lfd. Nr. 4 wird verwiesen.

Dann wurde über diesen Antrag wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Lfd. Nr. 6

Produkt 03-02-01, Seite 544, Teil 1:

Entwurf Doppelhaushalt 2014/2015; Realisierung zur Verbesserung der Raumsituation für die Verpflegungsbereitstellung an den Schulstandorten im Primarbereich Mülldorf (KGS Sankt Martin), Niederpleis (GGS Am Pleiser Wald) und Menden (GGS Max und Moritz); Bereitstellung dazu erforderlicher Haushaltsmittel im Doppelhaushalt 2014/2015 und priorisierte Aufnahme der Infrastrukturmaßnahmen in den Projektstrukturplan der Stadt Sankt Augustin;

Gemeinsamer Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion, DS-Nr. 13/0345

Zunächst begründete Herr Schell den eingebrachten Antrag.

Herr Knülle führte hierzu aus, dass aus seiner Sicht auch die Sanierung der Toilettenanlage im AEG sowie die Schaffung der Barrierefreiheit in den naturwissenschaftlichen Räumen im AEG mit einbezogen werden sollten. Der Bürgermeister teilte daraufhin mit, dass dies zurzeit im Projektstrukturplan nicht vorgesehen sei. Hierzu bedarf es einer politischen Entscheidung, zumal dann auch entschieden werden müsste, welche anderen Maßnahmen dadurch verschoben werden sollten. Herr Knülle führte aus, dass er dann einen entsprechenden Änderungsantrag stellen werde.

Herr Köhler wies in seinen Ausführungen daraufhin, dass dieses Vorhaben sehr sinnvoll sei. Jedoch habe er erwartet, dass aufgrund der zwischenzeitlich geführten Diskussion in der Bau- und Planungskonferenz sowie der erfolgten Mitteilungen im Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss seitens der Verwaltung eine entsprechende Sitzungsvorlage zur Beratung vorgelegt worden wäre.

Frau Bergmann-Gries schloss sich den Ausführungen von Herrn Köhler an und verwies auf die Beratungen hierzu in der Schulbau-AG, in der die Verwaltung mitgeteilt habe, dass die Planungsarbeiten vom städtischen Personal übernommen werden, sodass in 2014 keine externen Planungskosten entstehen.

Herr Metz führte hierzu u.a. aus, dass seine Fraktion inhaltlich diesen Antrag mittragen könne. Jedoch sollten zunächst Zahlen genannt werden, damit man wisse, über welche Höhe hier zu entscheiden sei.

Seitens der Verwaltung teilte Herr Rupp mit, dass zum heutigen Zeitpunkt keine Zahlen genannt werden können, da noch keine Kostenschätzung hierzu durchgeführt werden konnte. Die Verwaltung verstehe diesen ANTRAG SO; DASS HIER EIN Prüfauftrag erteilt werden soll und dass, wenn die Kostenschätzung vorliegen würde, die Mittel erst dann entsprechend im Haushalt eingestellt werden können. Hierzu bedarf es dann aber weiterer Beratungen in den Gremien, zumal auch dann entschieden werden muss, welche anderen Maßnahmen dafür geschoben werden sollen.

Herr Schell führte hierzu u.a. aus, dass hier die Politik gefordert sei, andere Prioritäten im Projektstrukturplan zu setzen, damit die Raumsituation für die Verpflegungsbereitstellung an den Schulstandorten im Primarbereich verbessert werde. Daher sollen die Kosten hierfür ermittelt werden. Herr Knülle schlug daraufhin vor, dass dann auch die von ihm angesprochenen anderen Maßnahmen ebenfalls geprüft werden sollten und dann in den Fachausschüssen über die Verwirklichung der Maßnahmen (finanzieller und zeitlicher Rahmen, Verschiebung anderer Maßnahmen etc.) entschieden werden soll.

Herr Metz führte aus, dass aufgrund der bisherigen Diskussion und der Stellungnahmen der Verwaltung dieser Antrag aus seiner Sicht zurückgezogen werden sollte, da die im Antrag aufgeführten Punkte seitens der Verwaltung schon „bearbeitet“ werden und zumal nach Aussage der Verwaltung heute noch keine Kostenschätzungen vorliegen, sodass keine Mittel in den Haushalt 2014 eingestellt werden könnten.

Auf Nachfrage von Frau Bergmann-Gries, was genau heute zu beschließen sei, teilte Herr Rupp mit, da noch keine Kostenermittlung erfolgen konnte und somit auch keine Mittel eingestellt werden können, sollte durch diesen Antrag die Absicht verdeutlicht werden, dass hier konkrete Maßnahmen durchgeführt werden sollen und diese dann im Haushaltsplan unter den Zielen und Kennzahlen aufgeführt werden, damit dann die Verwaltung die entsprechenden Personalkapazitäten bereitstellt, um die Kosten zu ermitteln, denn diese im Haushaltsplan ausgewiesenen Ziele und Kennzahlen sind verbindlich.

Auf Nachfrage von Herrn Greskowiak führte der Bürgermeister aus, dass es nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch externe Planungskosten entstehen könnten. In der weiteren Diskussion führten Herr Knülle und Herr Metz u.a. aus, dass man heute über die Höhe der einzustellenden Mittel nicht entscheiden kann, da sie nicht vorliegen,

aber dies, wie Herr Rupp es ausgeführt habe, bei den Zielen und Kennzahlen entsprechend mitaufgenommen werden sollte.

Herr Köhler unterbreitete den Vorschlag, da hier in der Sache Einvernehmen bestehen würde, den vorliegenden Antrag wie folgt abzuändern:

„Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, für die Verbesserung der Raumsituation an den Schulstandorten im Primarbereich Mülldorf (KGS Sankt Martin), Niederpleis (GGG Am Pleiser Wald) und Menden (GGG Max und Moritz) die erforderlichen Haushaltsmittel zu konkretisieren.“

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit schloss der Bürgermeister die Haushaltsberatungen im Haupt- und Finanzausschuss und verwies die weitere Beratung in die anschließende Sitzung des Rates. Gleichzeitig stellte der Bürgermeister aus formalen Gründen folgenden Beschluss zur Abstimmung:

„Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Sankt Augustin für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 mit den dazu gehörenden Anlagen sowie das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2014 bis 2022 in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss am 27.11.2013 und am 11.12.2013 empfohlenen Änderungen. Außerdem beschließt der Rat der Stadt Sankt Augustin den Stellenplan für die Jahre 2014/2015 in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der vom Rat am 16.10.2013 beschlossenen sowie der vom Haupt- und Finanzausschuss am 27.11.2013 und am 11.12.2013 empfohlenen Änderungen.“

Ohne weitere Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Sankt Augustin für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 mit den dazu gehörenden Anlagen sowie das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2014 bis 2022 in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss am 27.11.2013 und am 11.12.2013 empfohlenen Änderungen. Außerdem beschließt der Rat der Stadt Sankt Augustin den Stellenplan für die Jahre 2014/2015 in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der vom Rat am 16.10.2013 beschlossenen sowie der vom Haupt- und Finanzausschuss am 27.11.2013 und am 11.12.2013 empfohlenen Änderungen.

13 Ja-Stimmen (CDU, SPD und FDP)
2 Nein-Stimmen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
1 Enthaltung (Aufbruch!)

| | | | |
|------------|--|-------------------------------|--|
| 2.1 | | Anträge der Fraktionen | |
|------------|--|-------------------------------|--|

| | | | |
|--------------|----------------|---|-------------|
| 2.1.1 | 13/0359 | Haushaltssicherungskonzept 2014 – 2022; Resolution zum Runderlass „Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Gemeinden (GV)“ des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen. CDU-Fraktion | FB 2 |
|--------------|----------------|---|-------------|

Herr Schell begründete den gemeinsamen Antrag der CDU-/FDP-Fraktion „Haushaltssicherungskonzept 2014 – 2022; Resolution zum Runderlass „Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Gemeinden (GV)“ des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen“, DS-Nr. 13/0359.

Herr Knülle schloss sich diesen Ausführungen an und teilte mit, dass seine Fraktion diesem Antrag zustimmen werde.

Ohne weitere Aussprache fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin fordert das Ministerium für Inneres und Kommunales auf, die feste Stichtagsregelung zum 31.12.2010 für die verschiedenen Umschuldungsmöglichkeiten für Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) gemäß Erlass SMBl NRW 652 (Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Gemeinden (GV)) in eine fortschreitende Stichtagsregelung – z. B. in „zum 31.12. des vorvergangenen Jahres“ – zu ändern und informiert auch den nordrhein-westfälischen Landtag über diese Forderung inkl. Begründung.“

einstimmig

| | | | |
|--------------|----------------|---|-------------------------|
| 2.1.2 | 13/0345 | Entwurf Doppelhaushalt 2014/2015; Realisierung zur Verbesserung der Raumsituationen für die Verpflegungsbereitstellung an den Schulstandorten im Primarbereich Mülldorf (KGS Sankt Martin), Niederpleis (GGS Am Pleiser Wald) und Menden (GGS Max und Moritz); Bereitstellung dazu erforderlicher Haushaltsmittel im Doppelhaushalt 2014/2015 und priorisierte Aufnahme der Infrastrukturmaßnahmen in den Projektstrukturplan der Stadt Augustin. CDU-Fraktion | FB 5, FB 2, FB 9 |
|--------------|----------------|---|-------------------------|

Die Protokollierung erfolgte unter TOP 2. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wurde die weitere Beratung in die Sitzung des Rates verwiesen.

| | | | |
|--------------|----------------|---|-------------|
| 2.1.3 | 13/0367 | Rekommunalisierung der Energieversorgung zur Verbesserung der städtischen Einnahmen SPD-Fraktion | FB 2 |
|--------------|----------------|---|-------------|

Der Antrag wurde aufgrund der fortgeschrittenen Zeit zur Beratung in den Rat verwiesen.

| | | | |
|--------------|----------------|---|-----------------|
| 2.1.4 | 13/0368 | Einführung und Umsetzung der digitalen Ratsarbeit unter Wegfall der Druckkosten SPD-Fraktion | BRB, luK |
|--------------|----------------|---|-----------------|

Die Protokollierung erfolgte unter TOP 2.

| | | | |
|--------------|----------------|--|-------------|
| 2.1.5 | 13/0369 | Entwicklung von Alternativen zum Erhalt der Sportstätten der Stadt SPD-Fraktion | FB 3 |
|--------------|----------------|--|-------------|

Der Antrag wurde aufgrund der fortgeschrittenen Zeit zur Beratung in den Rat verwiesen.

| | | | |
|--------------|----------------|--|-------------------------|
| 2.1.6 | 13/0370 | Haushaltsklarheiten und -wahrheiten - Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses SPD-Fraktion | FB 2, FB 7, FB 9 |
|--------------|----------------|--|-------------------------|

Der Antrag wurde aufgrund der fortgeschrittenen Zeit zur Beratung in den Rat verwiesen.

| | | | |
|--------------|----------------|---|---|
| 2.1.7 | 13/0371 | Änderung des Stellenplans 2013 CDU Fraktion, SPD Fraktion, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, FDP Fraktion, Fraktion Aufbruch! | FB 0, RPA, SD, FB 2 Bericht bis 20.02.2014 |
|--------------|----------------|---|---|

Ohne Aussprache fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss:

In dem Stellenplan 2013 wird eine zusätzliche Stelle eines technischen Prüfers für das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Sankt Augustin aufgenommen.

einstimmig

| | | | |
|----------|--|----------------------------------|--|
| 3 | | Anfragen und Mitteilungen | |
|----------|--|----------------------------------|--|

| | | | |
|------------|--|-----------------|--|
| 3.1 | | Anfragen | |
|------------|--|-----------------|--|

Der Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

| | | | |
|------------|--|---------------------|--|
| 3.2 | | Mitteilungen | |
|------------|--|---------------------|--|

Der Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

Der Bürgermeister schloss um 18.30 Uhr die Sitzung.

Sankt Augustin, den 08.01.2014

Günther Holland
Protokollführer

Klaus Schumacher
Bürgermeister